

Stand: 31.01.2026 00:48:53

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/3346

"Erdgasförderung nicht länger subventionieren: Befreiung von der Förderabgabe bei Erdgas beenden"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/3346 vom 25.09.2024
2. Plenarprotokoll Nr. 28 vom 26.09.2024
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/3757 des WI vom 10.10.2024
4. Plenarprotokoll Nr. 32 vom 05.11.2024
5. Plenarprotokoll Nr. 33 vom 13.11.2024
6. Beschluss des Plenums 19/4239 vom 03.12.2024
7. Plenarprotokoll Nr. 35 vom 03.12.2024



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig, Gabriele Triebel, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Dr. Markus Büchler, Patrick Friedl, Barbara Fuchs, Mia Goller, Christian Hierneis, Paul Knoblach, Ursula Sowa, Laura Weber und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Erdgasförderung nicht länger subventionieren: Befreiung von der Förderabgabe bei Erdgas beenden

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Verordnung über Feldes- und Förderabgaben vom 22. Dezember 1998 (GVBl. S. 1050, BayRS 750-10-W) dahingehend zu ändern, dass die aktuell in § 11 festgelegte Befreiung von der Förderabgabe für Erdgas und Erdölgas (Naturgas) baldmöglichst beendet wird.

Die Förderabgabe soll mindestens 15 Prozent des nach § 8 der genannten Verordnung festgestellten Marktwerts betragen.

Begründung:

Die Befreiung von Erdgasförderungen von der Förderabgabe ist ein historisches Relikt aus der Hochzeit des fossilen Zeitalters. Gerade Bayern, das sich das ehrgeizige Ziel gesetzt hat, bis 2040 klimaneutral zu sein und – wie auch der jüngste Klimabericht wieder feststellen musste – dabei sowohl die Zielerreichung für das Jahr 2030 als auch für das Jahr 2040 alles andere als gesichert ist, sollte auf diese indirekte Subvention von neuen fossilen Infrastrukturen verzichten. Einer der Bausteine, um die Entstehung neuer fossiler Infrastrukturen zu erschweren, ist es, die in der betreffenden Verordnung festgelegte Befreiung von der Förderabgabe für Erdgas zu beenden. Stattdessen sollte eine Förderabgabe eingeführt werden, die auch tatsächlich eine Lenkungswirkung entfaltet.

Ich gebe zunächst das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zu Tagesordnungspunkt 8, Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Abschaffung von unangekündigten Leistungsnachweisen an allen Schulartern", Drucksache 19/3339, bekannt. Mit Ja haben 35, mit Nein 109 Kolleginnen und Kollegen gestimmt. Es gab 1 Stimmenthaltung. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Die heute aus Zeitgründen nicht mehr zum Aufruf gekommenen Dringlichkeitsanträge werden in die jeweils federführenden Ausschüsse verwiesen.

Ich gebe noch das Ergebnis der soeben durchgeföhrten namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der Fraktionen CSU und FREIE WÄHLER betreffend "Pflegerevolution jetzt!", Drucksache 19/3340, bekannt. Mit Ja haben 94, mit Nein 33 Kolleginnen und Kollegen gestimmt. Es gab keine Stimmenthaltung. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Der Tagesordnungspunkt 9 betreffend den Antrag der CSU-Fraktion und der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 19/1595 wird in einer der nächsten Plenarsitzungen aufgerufen.

Ich schließe unsere heutige Sitzung. Danke schön.

(Schluss: 18:03 Uhr)



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher,
Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Drs. 19/3346**

**Erdgasförderung nicht länger subventionieren: Befreiung von der Förderabgabe
bei Erdgas beenden**

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Martin Stümpfig**
Mitberichterstatterin: **Jenny Schack**

II. Bericht:

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Dringlichkeitsantrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 14. Sitzung am 10. Oktober 2024 beraten und mit folgendem Stimmenergebnis:
CSU: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
SPD: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.

Stephanie Schuhknecht
Vorsitzende

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Abstimmung

über Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Liste.

(Siehe Anlage)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind augenscheinlich alle Fraktionen. Gibt es Gegenstimmen oder Stimmenthaltungen? – Keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder
Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder
Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

1. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrien Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Konzerthaus-Projekt gänzlich verwerfen!
Drs. 19/2659, 19/3702 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

2. Antrag der Abgeordneten Jürgen Baumgärtner, Kerstin Schreyer, Josef Zellmeier u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Tobias Beck u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Ausnahmegenehmigung für Hotel- und Gaststättenbetriebe bei LKW-Maut
Drs. 19/2666, 19/3706 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>

3. Antrag der Abgeordneten Kerstin Schreyer, Martin Wagle, Dr. Stefan Ebner u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Werner Schießl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Beste Standortbedingungen für Gründerinnen und Gründer in Bayern sicherstellen
Drs. 19/2750, 19/3761 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

4. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Andreas Krahl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Hitzeschutz ist Gesundheitsschutz – mit kühlem Kopf Bayern für kommende Hitzewellen wappnen
Drs. 19/2824, 19/3700 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/> ENTH				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	-------------------------------

5. Antrag der Abgeordneten Steffen Vogel, Kerstin Schreyer, Martin Wagle u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Werner Schießl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Meisterbonus für alle in Deutschland anerkannten Meistertitel auszahlen
Drs. 19/2838, 19/3763 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

6. Antrag der Abgeordneten Petra Högl, Tanja Schorer-Dremel, Leo Dietz u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Ulrike Müller u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Harmonisierung von iBALIS und weiterer staatlicher EDV-Anwendungen
Drs. 19/2839, 19/3693 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

7. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Windräder sind keine Gebäude – Abstandsflächen für Windenergieanlagen aufheben
Drs. 19/2857, 19/3758 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

8. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Claudia Köhler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Genossenschaftliches Wohnen unterstützen:
Erhalt der MARO-Wohnbaugenossenschaft
Drs. 19/2867, 19/3703 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
--------------------------	--------------------------	--	--------------------------	--------------------------

9. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Markus Rinderspacher, Ruth Müller u.a. und Fraktion (SPD) Solidarität mit Kenia: Hilfe für Bayerns Partnerregion in der Krise Drs. 19/2868, 19/3688 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

10. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD) Heimische Ziegelindustrie schützen! Kein Eingriff des Staates in den Wettbewerb der Wandbaustoffe Drs. 19/2869, 19/3707 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/> Z	<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/> A

11. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Mia Goller u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Einfach mehr Bio in den staatlichen Kantinen Drs. 19/2910, 19/3694 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/> Z	<input type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Claudia Köhler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Ausverkauf des staatlichen Tafelsilbers beenden! – Staatliche Liegenschaftspolitik am Gemeinwohl ausrichten Drs. 19/2912, 19/3704 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/> Z	<input type="checkbox"/>

13. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Paul Knoblach u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Katzenschutzverordnungen pushen – Katzenleid eindämmen und Rechtssicherheit für Tierheime schaffen
Drs. 19/2930, 19/3772 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

14. Antrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Harry Scheuenstuhl, Christiane Feichtmeier u.a. und Fraktion (SPD)
Solide Haushaltspolitik für Bayern
Drs. 19/2932, 19/3705 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>

15. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Paul Knoblach u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Landestierschutzbeauftragte bzw. Landestierschutzbeauftragter – Warum nicht in Bayern?
Drs. 19/2933, 19/3773 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

16. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Martin Behringer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. und Fraktion (CSU)
Der MARO Genossenschaft eine Zukunftsperspektive bieten!
Drs. 19/2934, 19/3708 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
------------	-------------------------	------------	------------	------------

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

17. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Julia Post u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Deutschlandticket als rabattiertes Jobticket für alle Beschäftigten des Freistaates Bayern
Drs. 19/2937, 19/3709 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
------------	-------------------------	------------	------------	------------

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

18. Antrag der Abgeordneten Holger Dremel, Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Anton Rittel u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Steuerbefreiung bzw. Steuerentlastung für Fahrzeuge der „Tafel e.V.“
Drs. 19/2986, 19/3710 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
------------	-------------------------	------------	------------	------------

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

19. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Tanja Schorer-Dremel, Barbara Becker u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Transitionstherapien nur in Ausnahmefällen
Drs. 19/2987, 19/3701 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
--------------------------	--------------------------	--------------------------	-------------------------------------	--------------------------

20. Antrag der Abgeordneten Sabine Gross, Volkmar Halbleib, Harry Scheuenstuhl u.a. SPD
Bericht über die Vergabe staatlicher Grundstücke in Erbpacht-Modellen für den staatlichen Wohnungsbau
Drs. 19/2996, 19/3712 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
--------------------------	--------------------------	-------------------------------------	--------------------------	--------------------------

21. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Florian von Brunn, Holger Grießhammer u.a. SPD
Lebensmittelverschwendungen eindämmen –
Bestehende Maßnahmen prüfen und ausbauen
Drs. 19/3180, 19/3695 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

22. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Florian von Brunn, Holger Grießhammer u.a. SPD
Schlachtpläne für Landwirte in ASP-Sperrzonen entwickeln
Drs. 19/3182, 19/3774 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

23. Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)
Ja zur bayerischen Automobilindustrie!
Ja zum deutschen Verbrennungsmotor!
Drs. 19/3266, 19/3764 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

24. Antrag der Abgeordneten Anna Rasehorn, Ruth Müller, Florian von Brunn u.a. SPD
Katzenschutz entbürokratisieren –
Kreisverwaltungsbehörden entlasten, Katzen schützen
Drs. 19/3298, 19/3776 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

25. Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)
Bayerische E-Verwaltung mit digitalen Datenregistern, KI und Blockchain voranbringen
Drs. 19/3317, 19/3767 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

26. Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Grenzschutz I: Zurückweisungen an den EU-Grenzen rechtssicher umsetzen
Drs. 19/3333, 19/3698 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

27. Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Grenzschutz II: Stationäre Grenzschutzmaßnahmen um mindestens ein Jahr verlängern
Drs. 19/3334, 19/3699 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

28. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Erdgasförderung nicht länger subventionieren:
Befreiung von der Förderabgabe bei Erdgas beenden
Drs. 19/3346, 19/3757 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

29. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Barbara Fuchs u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bericht zum Zukunftsforum Automobil und Automobilfonds
Drs. 19/3347, 19/3765 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

30. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Stephanie Schuhknecht u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Für mehr bayerische Wachstumsunternehmen:
Start-ups und Scale-ups in Bayern stärken
Drs. 19/3348, 19/3762 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

31. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Sanierung und Ausbau kommunaler Feuerwehrhäuser fördern
Drs. 19/3351, 19/3697 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

32. Antrag der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel, Alexander Flierl, Bernhard Seidenath u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Marina Jakob u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bericht zum Abbau von Mikroplastik durch biologische Verfahren
Drs. 19/3450, 19/3777 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

33. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Ausbau der Wärmenetze flächendeckend ermöglichen – Kommunen und Stadtwerke unterstützen
Drs. 19/3473, 19/3759 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

34. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Claudia Köhler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Walchenseecamp erhalten
Drs. 19/3475, 19/3768 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

35. Antrag der Abgeordneten Jürgen Baumgärtner, Alexander Flierl, Kerstin Schreyer u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Josef Lausch u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Erleichterungen für Biogasanlagen im Außenbereich
Drs. 19/3493, 19/3760 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

36. Antrag der Abgeordneten Kerstin Schreyer, Dr. Gerhard Hopp, Andreas Schalk u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Markus Saller u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Maßnahmen zur Stärkung der Zukunftsfähigkeit der Automobilindustrie jetzt!
Drs. 19/3520, 19/3766 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Geschäftliches

(Beginn: 13:00 Uhr)

Präsidentin Ilse Aigner: Ich eröffne die 33. Vollsitzung des Bayerischen Landtags. Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, darf ich Sie bitten, sich von Ihren Plätzen zu erheben.

(Die Anwesenden erheben sich)

Am 30. Oktober ist im Alter von 96 Jahren Hubert Spiekenheuer verstorben. Er gehörte dem Bayerischen Landtag vom 27. Januar bis zum 30. Oktober 1978 an und vertrat die CSU im Wahlkreis Schwaben. Hubert Spiekenheuer kam in Breslau zur Welt, besuchte die Oberrealschule, wurde 1944 in den Krieg eingezogen und geriet in russische Kriegsgefangenschaft. Nach seiner Rückkehr absolvierte er eine Lehre als Zimmermann und ließ sich 1950 in Kaufbeuren nieder. Von 1956 bis 1978 war er Soldat am Fliegerhorst Kaufbeuren, zuletzt im Rang eines Oberstleutnants.

Im Bayerischen Landtag gehörte er insbesondere dem Ausschuss für Kulturpolitische Fragen an. Von 1978 bis 1990 war er Stadtrat in Kaufbeuren. Hubert Spiekenheuer hat sich, geprägt von seiner Kriegserfahrung, in den Dienst der jungen Bundesrepublik und der jungen Demokratie in unserem Land gestellt und den Wert von Freiheit und Demokratie in besonderer Weise vertreten.

Der Bayerische Landtag trauert mit seinen Angehörigen und wird Herrn Spiekenheuer ein ehrendes Gedenken bewahren.

Ich möchte außerdem eines verstorbenen Mitarbeiters des Landtagsamtes gedenken. Viele von Ihnen kannten Erich Hefele. Er arbeitete an unserer Ostpfoste. Wenn Sie das Gelände betreten haben, war es oft er, der Sie herzlich grüßte, und das seit fünf Jahren. Seine Hilfsbereitschaft hat uns und seinen Kolleginnen und Kollegen vieles leichter gemacht. Im Alter von 58 Jahren ist er nun am Wochenende verstorben. Un-

sere Gedanken sind bei Angelika Hefele, seiner Frau, die auch bei uns im Amt arbeitet. Wir wünschen ihr Kraft und später das Glück, in dankbarer Erinnerung zurückzuschauen zu können. Wir werden Erich Hefele ein ehrendes Gedenken bewahren. –

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie haben sich zum Gedenken an die Verstorbenen von den Plätzen erhoben. Ich danke Ihnen.

Auch wenn es jetzt ein bisschen schwerfällt, aber Leid und große Freude liegen meistens ganz eng beieinander. Heute feiert Herr Kollege Bernhard Pohl einen runden Geburtstag. Ich kann nur sagen, ein guter Jahrgang. Herzlichen Glückwunsch zum runden Geburtstag! Ich gehe davon aus, dass wir dieses Ereignis nach der Sitzung noch feiern werden.

(Allgemeiner Beifall)

Ich möchte noch darauf hinweisen, dass der Tagesordnungspunkt 8, Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Erdgasförderung nicht länger subventionieren: Befreiung von der Förderabgabe bei Erdgas beenden" auf Drucksache 19/3346, auf Wunsch der Initiatoren abgesetzt wurde. Der Aufruf erfolgt voraussichtlich in der nächsten Sitzung.



Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig, Gabriele Triebel, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Dr. Markus Büchler, Patrick Friedl, Barbara Fuchs, Mia Goller, Christian Hierneis, Paul Knoblach, Ursula Sowa, Laura Weber** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 19/3346, 19/3757

Erdgasförderung nicht länger subventionieren: Befreiung von der Förderabgabe bei Erdgas beenden

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Ludwig Hartmann

IV. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Tobias Reiß

Abg. Martin Stümpfig

Abg. Jenny Schack

Abg. Gabriele Triebel

Abg. Florian Köhler

Abg. Josef Lausch

Abg. Anna Rasehorn

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 9** auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher,

Martin Stümpfig u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Erdgasförderung nicht länger subventionieren: Befreiung von der Förderabgabe
bei Erdgas beenden (Drs. 19/3346)**

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt 29 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. – Erster Redner ist Herr Kollege Martin Stümpfig, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Herr Vizepräsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Öffentlich Klimaschutzziele anzweifeln in einem Jahr, in dem Bayern massive Klimaschäden erlitten hat, und gleichzeitig nach Erdgas bohren – so sieht die Klimapolitik des Ministerpräsidenten Markus Söder im Jahr 2024 aus. Zu dieser Politik sagen wir ganz klar Nein. Wie viele Häuser müssen noch absaufen, wie viele Existenzien zerstört werden, wie viele Milliardenschäden noch auflaufen – von der Gefahr für Leib und Leben will ich hier gar nicht sprechen –, bis Sie von der CSU und den FREIEN WÄHLERN begreifen, dass Klimaschutz wichtig ist?

Die Erdgasbohrungen, ob es das konkrete Projekt in Reichling ist oder andere, die noch geplant sind, sind vollkommen aus der Zeit gefallen. Die Menschen vor Ort sind dagegen. Sie wenden sich klar gegen diese Erdgasbohrungen. Sie fürchten zu Recht um ihre natürlichen Lebensgrundlagen. Der Landrat des Landkreises Starnberg, Herr Eichinger, ist dagegen; der Kreistag des Landkreises Starnberg ist dagegen. Was brauchen Sie noch? – Hier geht es darum, dass die Bohrungen des kanadischen Unternehmens auch für die Versorgungssicherheit überhaupt nicht relevant sind. Sie könnten gerade einmal den Bedarf in Bayern für vielleicht einen oder zwei Tage decken. Wir haben auch gar keine Gasmangellage. Daher ist unser klarer Appell: Stoppen Sie diese Bohrung!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir hörten dazu in den letzten Monaten immer wieder Ausreden: Das können wir nicht machen. Die Bayerische Staatsregierung ist gar nicht zuständig. Das ist alles Bundesrecht, das ist alles Bergrecht. – Das ist falsch. Sie haben viele Möglichkeiten, ob über das Landesplanungsrecht oder – darum geht es uns heute in unserem Antrag – konkret über die Erhebung einer Förderabgabe.

In unserem Antrag fordern wir nämlich, dass die Erdgasförderung nicht länger durch die Befreiung indirekt subventioniert wird, sondern dass sie wie die Förderung aller anderen Rohstoffe, ob das Öl, Graphit, Lehm oder Braunkohle ist – so steht es in der Verordnung über Feldes- und Förderabgaben aus dem Jahr 1998 geschrieben –, mit einer Förderabgabe belegt wird. Für all das gibt es nämlich eine Förderabgabe. Der einzige Punkt, bei dem seit dem Jahr 1998 eine Ausnahme besteht – damals nur für ein Jahr –, ist für Erdgas. Da fragen wir ganz klar: Warum und weshalb? Warum fördern Sie hier fossile Energien? Warum fördern und subventionieren Sie in einem Jahr, in dem man eigentlich Klimaschutz machen sollte, weiter fossile Energien? Das geht gar nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Seit dem Jahr 1998 steht ein kleiner Absatz in dieser Verordnung: Wenn es nicht anders beschlossen wird, verlängert sich die Regelung immer wieder um ein Jahr. – Sie wurde seitdem 25-mal verlängert, ohne dass Sie irgendetwas tun. Dann stellt sich Wirtschaftsminister Aiwanger hin, ob bei "Jetzt red i" oder anderen Gelegenheiten, und sagt: Wir können nichts tun. – Natürlich können Sie etwas tun. Sie bräuchten nur einmal auf die anderen Bundesländer zu schauen. Da gibt es Bundesländer, die 10 % Förderabgabe verlangen; da gibt es Bundesländer, die 12 % verlangen, Schleswig-Holstein zum Beispiel. Kein einziges Bundesland hat eine Förderabgabe von null Euro; es gibt kein einziges. Das ist nur in Bayern so. Dann stellen Sie sich hin und sagen: Sie können nichts tun. – Das ist eine glatte Unwahrheit.

Deswegen sagen wir ganz klar: Wir brauchen hier eine Förderabgabe. In unserem Antrag haben wir 15 % genannt. Über die Höhe kann man natürlich immer diskutieren, aber das ist in einem üblichen Rahmen. Damit würden Sie ganz klar diese Erdgasbohrungen deutlich unattraktiver machen. Sie würden sie deutlich erschweren. Dann wären die Überlegungen ganz andere.

Ich muss noch daran erinnern, dass man jetzt im neuen Papier von CSU und CDU lesen kann: Mit Marktwirtschaft zum Ziel beim Klimaschutz. – Wie passt dazu eine Subventionierung? – Eine Subventionierung von fossilen Energien passt überhaupt nicht dazu.

Deswegen fordern wir ganz klar die Änderung dieser Verordnung. Sie haben die Möglichkeiten. Sie haben alle gesetzlichen Möglichkeiten. Es kostet Sie nichts. Im Gegen teil, Sie hätten sogar noch Einnahmen. Sie haben ein Klimaziel beschlossen, von dem Sie meilenweit entfernt sind. Es wird allerhöchste Zeit, diese indirekten Subventionen von fossilen Energien zu beenden und unsere Lebensgrundlagen in Bayern endlich konsequent zu schützen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank. – Nächste Rednerin ist die Kollegin Jenny Schack von der CSU-Fraktion.

Jenny Schack (CSU): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Rund ein Vierteljahrhundert haben die GRÜNEN sich nicht daran gestört, dass es in Bayern keine Förderabgabe für Erdgas gibt. Doch jetzt möchte man die Befreiung möglichst schnell beenden und fordert obendrein noch eine Förderabgabe von mindestens 15 % des marktüblichen Werts. Meine Damen und Herren, das ist nichts anderes als Doppelmoral. Warum? – Während die GRÜNEN die bestehende Gasförderung in Bayern quasi zum Erliegen bringen wollen, schließen sie gleichzeitig Verträge über Erdgaslieferungen aus Ländern, die – wie soll ich sagen? – sicherlich nicht die gleichen Umweltstandards haben wie wir.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Befristet!)

Die GRÜNEN importieren lieber Fracking-Gas aus den USA oder Flüssiggas aus Katar, statt zu sagen, dass wir es übergangsweise – da Sie gerade von Befristung reden – vor der eigenen Haustür fördern.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Toni Schuberl (GRÜNE): Zu spät!)

Der Witz ist: Ich weiß gar nicht, warum Sie sich aufregen bzw. warum Sie diesen Antrag stellen. Schauen wir mal auf die Zahlen. In Bayern fördern wir lediglich 0,1 % der gesamten Förderung in Deutschland. 95 % der Erdgasförderung in Deutschland findet in Niedersachsen statt, übrigens unter einer rot-grünen Regierung.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Michael Hofmann (CSU): Hört, hört!)

Schauen wir mal ganz genau hin, dann zeigt sich, dass die Förderabgabe laut Bundesberggesetz nur unter bestimmten Voraussetzungen erhöht werden darf. Das können – das ist richtig – die Länder tun. Aber eine dieser Voraussetzungen, die gegeben sein müssen, ist der Schutz volkswirtschaftlicher Belange. Sie, die GRÜNEN, sagen aber, dass Sie die Entwicklung neuer fossiler Projekte bremsen wollen; Herr Stümpfig, Sie haben es auch eben deutlich gesagt. Das ist meines Erachtens kein hinreichender Grund zum Schutz volkswirtschaftlicher Belange.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Echt jetzt?)

Selbst fiskalische Gründe reichen nicht aus – die werden dann immer hinterhergeschoben, ich habe es eben gehört –, wie das ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichts 2018 in Mecklenburg-Vorpommern klargemacht hat.

Also ganz ehrlich: Wozu dieser Antrag? – Wir als CSU sagen doch, dass Erdgasförderung nur eine Brückentechnologie ist in Bayern,

(Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE) – Michael Hofmann (CSU): Hör halt mal zu und babbel nicht rein!)

die im Rahmen der Energiewende bis zum Erreichen der Klimaneutralität gebraucht wird, so beispielsweise in Redundanzkraftwerken für die Sicherstellung der Wärmeversorgung aus der Tiefengeothermie. Da wären Sie ja wieder mit dabei.

Man darf die Erdgasförderung auch in Bezug auf Geothermie und zukünftige Wasserspeicher betrachten. Die Wissensgewinnung durch die Erkundungsbohrungen hilft auch bei der Entwicklung neuer und nachhaltiger Energiequellen. Das müsste Ihnen ja gerade recht sein.

Weil wir das gerade gehört haben, möchte ich es auch noch ansprechen: In Reichling im Landkreis Landsberg am Lech handelt es sich übrigens lediglich um eine Erlaubnis zur Probebohrung aus dem Jahr 2022, einer Zeit – wir erinnern uns gut –, als die Energiekrise uns alle vor sehr große Herausforderungen gestellt hat. Diese Probebohrungen sind nicht neu. Sie nutzen ein bereits bestehendes Rohr aus den 1980er-Jahren.

Schauen wir mal auf die Fakten. Wir sprechen hier von einer Erdgasförderung auf einem extrem niedrigen Niveau. Ich hatte vorhin schon gesagt, dass es im Schnitt unter 10 Millionen Kubikmeter pro Jahr sind, also im bundesweiten Vergleich 0,1 % der gesamten Erdgasförderung in Deutschland. Unsere einzige aktive Gewinnungsstelle in Bayern ist in der Nähe von Rosenheim und dient ausschließlich dem dortigen Eigenverbrauch.

Wir als CSU verstehen es als unsere Verantwortung, die heimische Erdgasförderung so lange aufrechtzuerhalten, bis wir gute Alternativen haben. Das steht nicht im Widerspruch zu unseren Klimazielen, im Gegenteil. Unsere Strategie setzt auf einen langsam und planmäßigen Übergang.

(Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

Der Weg zur Klimaneutralität darf nicht zulasten unserer wirtschaftlichen Stärke gehen. Der Antrag der GRÜNEN ist angesichts der geringen Erdgasförderung in Bayern, der Rolle von Erdgas als Übergangstechnologie und der rechtlichen Rahmenbedingungen abzulehnen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Bleiben Sie bitte kurz am Rednerpult, Frau Kollegin. – Es liegt die Meldung zu einer Zwischenbemerkung der Kollegin Gabriele Triebel vor.

Gabriele Triebel (GRÜNE): Verehrte Kollegin Schack, als Stimmkreisabgeordnete des Landkreises Landsberg frage ich Sie, ob Sie wissen,

(Zuruf: Sie sind keine Stimmkreisabgeordnete! – Lachen bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Michael Hofmann (CSU): Sie sind keine Stimmkreisabgeordnete! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

dass die Probebohrung – Sie haben recht – in einem ein Kilometer langen Rohr schon stattfindet, aber dass die Probebohrung über 3.000 Meter in die Tiefe geht? Das heißt, dass also weitere 2.000 Meter plus in die Erde gebohrt wird.

(Michael Hofmann (CSU): Unglaublich!)

Das Zweite ist. Wissen Sie auch, dass in diesem Claim Landsberg-Nord, Ammersee-Nord zehn weitere Probebohrungen von dieser Firma geplant sind? Was sagen Sie dazu?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Jenny Schack (CSU): Vielen Dank für die Frage. Ich muss das noch einmal sagen: Als Abgeordnete in diesem Bereich haben Sie sich damit natürlich auch beschäftigt. Sie wissen sicherlich genau, dass dieses Rohr – wie ich es eben schon gesagt habe – aus den 1980er-Jahren stammt, und man hat dann innen

(Zuruf der Abgeordneten Gabriele Triebel (GRÜNE))

– lassen Sie mich ausreden – die Verkleidung anders aufgeschichtet, sagen wir mal. Aber grundsätzlich hat sich daran nichts geändert. Andersherum: Wenn wir tiefer bohren würden, hätten wir Geothermie, und Sie wären wieder dabei. Das machen Sie an dernorts auch. Dann würden Sie sich freuen und würden sagen: Alles wunderbar. Aber in dem Fall sind Sie einfach grundsätzlich dagegen. Wenn man sich Ihre Papiere anschaut – –

(Widerspruch der Abgeordneten Gabriele Triebel (GRÜNE))

– Doch! Ich habe mir Ihre Papiere angeschaut. Da steht drin, dass Sie das grundsätzlich "beenden" wollen. Wenn Sie es grundsätzlich "beenden" wollen, werden Sie versuchen, Möglichkeiten zu finden, das zu tun. Das heißt, dass man hier 15 % draufschlagen will – das ist eine Möglichkeit –, und Sie sagen: Sie versuchen alles, das zu verhindern. – Das ist einfach – –

(Beifall bei Abgeordneten der CSU – Widerspruch der Abgeordneten Gabriele Triebel (GRÜNE))

– Nein, 15 % haben Sie geschrieben. Lesen Sie einmal Ihren eigenen Antrag. Deswegen – sorry – sollten Sie erst einmal Ihre eigenen Sachen lesen und sich informieren, bevor Sie anfangen.

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Achten Sie auf Ihre Redezeit, bitte.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Jenny Schack (CSU): Entschuldigung, wir sind bei 0,1 % der deutschen Förderung. – Ist die Zeit ist um?

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Ihre Redezeit ist zu Ende.

Jenny Schack (CSU): Okay, die Redezeit ist zu Ende; aber ich komme gern vorbei und erkläre es noch einmal.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Nächster Redner ist Herr Kollege Florian Köhler für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Florian Köhler (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Gäste auf der Besuchertribüne! Die Technologiefeinde von den GRÜNEN zeigen wieder ihr wahres Gesicht. Alles, was mit fossilen Brennstoffen zu tun hat und zum Wohlstand unseres Landes beigetragen hat, ist schlecht, muss bekämpft und verunmöglicht werden. Der Ungeist hat einen Namen: Es ist der grüne Zeitgeist gegen den Fortschritt, gegen den Wohlstand in unserem Land.

(Beifall bei der AfD)

Die GRÜNEN fordern jetzt, die Verordnung über Feldes- und Förderabgaben zu ändern, damit die Befreiung von der Förderabgabe für Erdgas und Erdölgas beendet wird. Wenn es nach den GRÜNEN geht, soll die Förderabgabe mindestens 15 % des Marktwerts betragen. Auf gut Deutsch: Die GRÜNEN geben erst Ruhe, wenn das Land komplett heruntergewirtschaftet ist. Sie wollen höhere Energiepreise. So sieht es aus.

(Beifall bei der AfD)

Sie geben es in Ihrer Begründung sogar zu: Das sei einer der Bausteine, um die Entstehung neuer fossiler Infrastrukturen zu erschweren. Gleichzeitig ist es das Mittel der GRÜNEN, die Taschen der Bürger zu erleichtern. Sie haben doch heute eine Aktuelle Stunde mit dem Titel "Fakten statt Fake: Wie Lügen das Vertrauen der Menschen in Bayern in die Politik zerstören" beantragt, oder? – Das wird jetzt ein Eigentor.

(Widerspruch bei den GRÜNEN)

Das wird ein voller Bumerang. Schauen wir uns einmal die Fakten an: Konkret ist das Thema der Erdgasförderung in Bayern irrelevant. Das theoretische Erdgaspotenzial in Bayern liegt bei maximal 29 Terawattstunden. Das entspricht circa nur einem Viertel des jährlichen Erdgasverbrauchs in Bayern. Dieser liegt laut Wirtschaftsministerium bei 103 Terawattstunden.

Zweitens. In Bayern ist die Erdgasförderung kein Problem. Seit Anfang der 1950er-Jahre wird in Bayern Erdgas gefördert. In bis dato nahezu 60 entdeckten Lagerstätten hat das bisher nicht einmal zu negativen Auswirkungen auf die Umwelt oder auf die menschliche Gesundheit geführt.

Drittens. Die ganze Welt lacht über den kleinkarierten Einsparungseifer der GRÜNEN. Zum Vergleich: China will offiziell den Erdgasanteil bis 2050 im Energiemix auf 300 Gigawatt verdreifachen. Die installierte Erdgasleistung in Deutschland beträgt – zum Vergleich – 23,5 Gigawatt.

In Anbetracht der Fakten ist also genau das Gegenteil der Fall: Deutschland sollte, wie die USA, in die heimische Erdgasförderung einsteigen. – Liebe GRÜNE, Ihre Fraktionschefin hat in der letzten Woche hier am Pult noch herumgeheult, dass man von anderen Staaten abhängig wäre. Das kann man mit eigenem Erdgas ändern. 99,4 % der deutschen Erdgasreserven befinden sich in Niedersachsen. Das ist also kein originär bayerisches Thema. Auch entwickelte Industriestaaten können sich selbst mit Rohstoffen und Energieträgern versorgen. Bester Beweis sind die Vereinigten Staaten von Amerika: Seit der ersten Präsidentschaft von Donald Trump sind die USA vom Nettoimporteur zum Nettoexporteur von Erdgas geworden. Stand 2023 deckt die USA 116 % der nationalen Erdgasnachfrage durch heimische Förderung. Günstige heimische Energie ist die Grundlage für den Industrieboom in den USA. Deutschland könnte das auch, wenn es wollte. Wir sollten Erdgasförderung in Deutschland, in Bayern und insbesondere in Niedersachsen unterstützen und nicht erschweren.

Das Resultat in den USA kann sich sehen lassen. Vergleichen wir die Bruttoinlandsprodukte: Die USA sind 2024 um 2,5 % gewachsen. Deutschland verzeichnet, mit grüner Beihilfe des Bundeswirtschaftsministers, minus 0,3 %. Deutschland förderte im Jahr 2000 21 Terawattstunden Erdgas. Das ist 5 % des Erdgasverbrauchs im Inland. Aktuell erschlossene Gasreserven in Deutschland werden auf circa 313 Terawattstunden geschätzt. Unerschlossene, unkonventionelle Erdgasreserven betragen circa 26.866 Terawattstunden. Diese Reserven könnten den heimischen Gasverbrauch über 26 Jahre decken. Das Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung schätzt die Erschließung dieser Reserven als wirtschaftlich sinnvoll ein, wenn der Großhandelspreis für Gas über 50 Euro pro Megawattstunde bleibt. Das heißt: Erdgasförderung in Deutschland könnte bald rentabel sein. Die Weltbank geht auch davon aus. Laut Weltbank haben sich die EU-Großhandelspreise zwar erholt; sie sind aber immer noch knapp dreimal so hoch wie vor der Krise – da lagen die Preise bei circa 14 Euro pro Megawattstunde – und fast an der Rentabilitätsgrenze von 50 Euro. Sie liegen nämlich derzeit bei 48 Euro je Megawattstunde für die heimische Erdgasversorgung. Genau deshalb will eine kanadische Firma in Reichling im Landkreis Landsberg am Lech wieder Gas fördern.

Sie haben übrigens Erdgas als Brückentechnologie für den Atomausstieg angepriesen. Jetzt wollen Sie auch diese Technologie verunmöglichen. Hören Sie auf, die Menschen anzulügen, und hören Sie auf, das Vertrauen in die Politik zu zerstören. Sie sind der Albtraum für die Wirtschaft und für Deutschland. Wir wollen Technologieoffenheit, Wohlstand und günstige Energie.

(Zuruf der Abgeordneten Barbara Fuchs (GRÜNE))

Wir lehnen Ihren Antrag ab.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Nächster Redner ist Kollege Josef Lausch für die Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Josef Lausch (FREIE WÄHLER): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Seit mittlerweile zwei Jahren steckt Deutschland in einer Energiekrise. Zwar ist die Versorgung mit Gas inzwischen wieder sichergestellt; doch von zumutbaren Energiekosten für die bayerische Wirtschaft und auch für die Privathaushalte sind wir immer noch weit entfernt. Unser Fokus im Bayerischen Landtag liegt darauf, eine sichere und vor allem bezahlbare Energieversorgung für unsere Bürger und die Wirtschaft bereitzustellen. Der vorliegende Antrag leistet dazu bedauerlicherweise und erstaunlicherweise keinen Beitrag.

Die Wiedereinführung einer Förderabgabe für die Erdgasförderung in Bayern ist gleich in mehrerer Hinsicht eine schlechte Idee: Den GRÜNEN geht es bei dem Antrag sichtlich erkennbar darum, die Förderung von Erdgas in Bayern so stark zu verteuern, dass sie kaum mehr wirtschaftlich betrieben werden kann, und geplante Projekte zur Erdgasförderung somit durch die Hintertür zu stoppen. Oder sie wollen die Gaspreise für die Kunden teurer machen, was die Konsequenz der Einführung einer solchen Abgabe wäre.

Zur Realität einer modernen Industrienation gehört aber nach wie vor, dass wir, bis wir eine vollständige Umstellung auf klimaneutrale Energieversorgung logistisch und finanziell geschafft haben, nun einmal auf die Nutzung von Erdgas angewiesen sind. Das mag uns nicht gefallen, das ist nicht sexy; die Realität lässt sich aber nicht wegdiskutieren. Durch den Einsatz neuer Fördermöglichkeiten und die massiven Preisanstiege in den vergangenen Jahren ist eine wirtschaftliche Förderung in Bayern wieder denkbar geworden, mehr aber nicht. Da kann man es sich jetzt einfach machen, wie es die Antragsteller tun, und sagen: Wir erheben jetzt so hohe Abgaben wie möglich darauf, dann wird da schon hoffentlich niemand investieren. – Das wäre die einfache Lösung, mit der man sich ohne Probleme aus der Affäre ziehen könnte. So leicht ist die Sache aber nicht. Lassen Sie mich nur drei Punkte aufführen, warum der Antrag der GRÜNEN nicht im Interesse einer bezahlbaren und klimafreundlichen Energieversorgung ist:

Erstens. Auch wenn sich der bayerische Bedarf an Erdgas durch eine mögliche Förderung natürlicherweise nicht decken lässt, hilft eine Ausweitung der heimischen Produktion selbstverständlich dabei, uns von ausländischen Lieferanten ein kleines Stück weit unabhängiger zu machen. Je mehr Standbeine unsere Energieversorgung hat, desto resilenter ist sie gegen Krisen. Das mussten wir in den letzten Jahren schmerhaft lernen.

Zweitens. Der Import von Erdgas aus Katar oder auch aus den USA ist nach einer Studie der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe vor dem Verbrennen drei- bzw. viermal so klimaschädlich wie regional gefördertes Gas. Durch die Extraktion via Fracking und die Verflüssigung und Regasifizierung für den Transport entsteht eine deutlich höhere Belastung der Atmosphäre mit CO₂ und CH₄. Wer sich also für eine klimafreundliche Energieversorgung einsetzt, darf diese Fakten nicht – nur weil sie einem unangenehm sind – unter den Tisch fallen lassen.

Drittens. Der Antrag geht nicht nur inhaltlich in die falsche Richtung, sondern auch rechtlich weist er massive Schwächen auf. Die Förderabgabe von 15 % ist laut Bundesgesetzgebung in nur sehr wenigen Fällen überhaupt möglich. Eine durch andere Bundesländer festgesetzte Förderabgabe von über 10 % wurde in der Vergangenheit bereits gerichtlich gestoppt – wie zum Beispiel in Mecklenburg-Vorpommern. Die zu hohe Abgabe musste daraufhin sogar zurückgezahlt werden.

Der Antrag wurde offensichtlich vor dem Hintergrund der geplanten Erdgasförderung im oberbayerischen Reichling gestellt. Freilich ist die Bohrung nach Erdgas für die Menschen in der Umgebung mit dem Gefühl von Unsicherheit und Sorgen verbunden. Wir müssen und werden das ernst nehmen. Gerade deshalb ist es auch so wichtig, dass Bayern eine gut arbeitende Verwaltung hat, die darauf achtet, dass die hohen Standards an Umweltauflagen eingehalten werden und die Lebensqualität der Anwohner nicht darunter leidet. Als Bewohner des Landkreises Rosenheim, unter dem sich einer der größten ausgeförderten Erdgasspeicher Deutschlands befindet, spreche ich aus Erfahrung.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, Erdgas wird in den nächsten 10 bis 15 Jahren weiter ein elementarer Bestandteil der deutschen und bayerischen Energieversorgung sein. Wer das bestreitet, fördert und fordert in der Konsequenz die Deindustrialisierung unseres Landes. Es ist scheinheilig, den gesamten Bedarf aus dem Ausland importieren zu wollen, wo das Gas zum Teil unter miserablen Umweltbedingungen gefördert wird, nur um ein vordergründig reines Gewissen zu haben. Eine Ausweitung der heimischen Produktion ist, wo es mit Blick auf Umwelt und Anwohner vertretbar ist, im Interesse Bayerns. Das stärkt die Versorgungssicherheit, hilft die Preise zu senken und ist im Vergleich zu importiertem Gas immer noch klimafreundlicher. Daher ist der nicht zu Ende gedachte Antrag der GRÜNEN abzulehnen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Der Kollege Martin Stümpfig hat sich für eine Zwischenbemerkung gemeldet.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Kollege Lausch, ich hätte zwei Fragen. Anscheinend ist Ihnen der Klimaschutz weniger wichtig. Hinsichtlich des Schutzes der Lebensgrundlagen stellt sich die erste Frage: Warum wurde von dem Unternehmer kein Umweltgutachten verlangt? Das Umweltgutachten ist bisher nicht eingegangen. Wenn der Klimaschutz schon zweitrangig ist, dann müssen doch wenigstens ökonomische Gesichtspunkte betrachtet werden.

Zweite Frage: Was macht es für einen Sinn, dass ein kanadisches Unternehmen bei uns in Bayern bohrt und für den Rohstoff, den das Unternehmen rausholt, keinen einzigen Cent bezahlen muss? In allen anderen Bereichen wie beim Erdöl- oder Graphitabbau ist in der Verordnung festgelegt, dass es eine Förderabgabe geben muss. Damals hat man lediglich für ein Jahr von der Abgabe befreit, weil man im Jahr 1998 wollte, dass sich eine Geschäftsbeziehung aufbaut. Aber das braucht nicht für 25 Jahre verlängert zu werden. Warum macht man keine Förderabgabe? Über die Höhe kann man sich ja immer noch streiten. Wir GRÜNE fordern 15 %, aber dann ma-

chen Sie halt 10 % oder was auch immer. Aber umsonst soll man das nicht abgeben. Da muss doch zumindest der Ökonom in Ihnen rebellieren und sagen: Bitte, das schmeißen wir denen doch nicht hinterher.

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Achten Sie auf Ihre Redezeit.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Das ist ja wie beim Tiefengrundwasser, das man kostenlos gibt.

Josef Lausch (FREIE WÄHLER): Erstens bin ich Realist, und zweitens bin ich trotzdem aktiver Klimaschützer seit 2007. Herr Stümpfig, lieber Martin, wie Sie wissen, betreibe ich nicht nur aus finanziellen Gründen, sondern auch aus ideellen Gründen seit 2007 eine Biogasanlage. Ich habe selber seit 2009 30 Kilowatt auf dem Dach. Mir mangelnden Willen zum Klimaschutz zu unterstellen, das ist schon fast "nett".

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wie die Kollegin Schack bereits gesagt hat, handelt es sich nur um eine Probebohrung. Eine Förderung ist überhaupt noch nicht beschlossen oder in Aussicht, und eine Abgabe von 15 % ist rechtlich einfach gar nicht möglich.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Martin Stümpfig (GRÜNE):
Doch, das geht schon!)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank. – Nun spricht Frau Kollegin Anna Rasehorn für die SPD-Fraktion.

Anna Rasehorn (SPD): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleg:innen der demokratischen Fraktionen! Ich spreche heute mal zu einem Thema, das ich sonst nicht habe, aber man lernt ja immer dazu. Momentan erhebt Bayern keine Abgabe für das geförderte Erdgas.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Was heißt das genau? – Die Förderabgabe liegt bei 0 %. Das bedeutet, dass nicht bayerische Unternehmen – wie in Reichling – umsonst Erdgas fördern können. In unserem Boden befindet sich unser Allgemeingut, aber sobald Unternehmen die Konzessionen erworben haben, zahlen sie keine Gewerbesteuer und können umsonst fördern. Wie ist es denn hier? – Es ist ein kanadisches Unternehmen mit Sitz in Mühlheim an der Ruhr. Dieses Unternehmen zahlt keine Gewerbesteuer und bekommt umsonst das Erdgas, weil das Unternehmen 2022 die Konzessionen bekommen hat. Zu Recht diskutieren wir beim Wassercsent, dass es sich um unser Allgemeingut Wasser handelt und eben nicht irgendwelche Unternehmen das umsonst abpumpen können. Warum denn jetzt nicht hier? Das ist nicht nur wirtschaftlich unvernünftig, sondern widerspricht auch allen Prinzipien einer nachhaltigen und verantwortungsvollen Ressourcennutzung. Die Belastungen für unsere Kommunen in Reichling sind enorm durch Wassergefährdung, Lärm, Schmutz oder die Verkehrsbelastung; denn das Erdgas müsste erst wieder flüssig gemacht werden und dann mit den Lkws abtransportiert werden. Das ist dieser kleinen Kommune nicht zumutbar. Kommune und Freistaat bekommen währenddessen keinen Cent dafür.

Jenny hat es zu Recht angesprochen: 95 % des Erdgases kommen aus Niedersachsen. Dort wird eine Förderabgabe von 10 % erhoben, was im Jahr 2023 stolze 89,3 Millionen Euro an Einnahmen generiert hat. Natürlich reden wir in Reichling von geringeren Mengen. Jenny hat zu Recht gesagt, dass man von etwa 2,5 bis 4,2 % des aktuell jährlichen Erdgasverbrauchs ausgeht. Wie die AfD dazu kommt, dass man damit unseren Erdgasbedarf decken könnte, ist für mich nicht nachvollziehbar. Nach Studienergebnissen wird von bis zu fünf Tagen ausgegangen, an denen man maximal den bayerischen Bedarf abdecken könnte.

Lasst uns bitte über eine Abgabe diskutieren! Man kann zu Recht sagen, dass 15 % zu viel sind. Aber zumindest 10 % abzugreifen, wie andere Bundesländer, erscheint angemessen. Das ist doch wirklich nicht zu viel verlangt. Wir gehen beim Wassercsent den richtigen Weg – hier möchte ich wieder mein Lob aussprechen.

(Beifall bei der SPD)

Dass sich die Erdgasförderung in Bayern bisher in Grenzen hält – das hat Jenny auch gesagt – und eine Förderabgabe daher überflüssig sei, kann wirklich kein Argument sein. Liebe Jenny, jeder Euro in unserer Kasse ist ein Euro, den wir für unsere Schulen oder an anderer Stelle ausgeben können. Deswegen: Bitte, liebe Leute, lasst uns doch darüber diskutieren und den Weg gehen. Deswegen werden wir dem Antrag zustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur beantragten namentlichen Abstimmung. Diese findet in elektronischer Form statt. Die Abstimmungszeit beträgt drei Minuten. Der federführende Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung empfiehlt die Ablehnung des Dringlichkeitsantrags. Die Abstimmung ist nun freigegeben.

(Namentliche Abstimmung von 17:08 bis 17:11 Uhr)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, konnten alle die Stimme abgeben? Die drei Minuten Abstimmungszeit sind vorbei. Die Abstimmung ist damit geschlossen. Das Ergebnis wird nachher bekannt gegeben.

(...)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Bevor ich den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufe, gebe ich das Ergebnis der vorher durchgeführten namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Erdgasförderung nicht länger subventionieren: Befreiung von der Förderabgabe bei Erdgas beenden" auf Drucksache 19/3346 bekannt. Mit Ja haben 37 gestimmt. Mit

Nein haben 118 gestimmt. Keine Stimmenthaltungen. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 6)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 03.12.2024 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Erdgasförderung nicht länger subventionieren: Befreiung von der Förderabgabe bei Erdgas beenden (Drucksache 19/3346)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adjei Benjamin	X			Eberwein Jürgen		X	
Aigner Ilse				Dr. Ebner Stefan		X	
Aiwanger Hubert				Ebner-Steiner Katrin		X	
Arnold Dieter		X		Dr. Eiling-Hüting Ute		X	
Arnold Horst	X			Eisenreich Georg			
Artemann Daniel		X		Enders Susann		X	
Atzinger Oskar		X		Fackler Wolfgang		X	
Bäumler Nicole	X			Fehlner Martina		X	
Bauer Volker		X		Feichtmeier Christiane		X	
Baumann Jörg		X		Flierl Alexander		X	
Baumgärtner Jürgen		X		Freller Karl		X	
Baur Konrad				Freudenberger Thorsten		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X		Friedl Patrick		X	
Becher Johannes	X			Friesinger Sebastian		X	
Beck Tobias		X		Frühbeißer Stefan		X	
Becker Barbara				Fuchs Barbara		X	
Dr. Behr Andrea		X		Füracker Albert			
Behringer Martin		X		Gerlach Judith			
Beißwenger Eric				Gießübel Martina		X	
Bergmüller Franz				Glauber Thorsten			
Bernreiter Christian		X		Goller Mia			
Birzele Andreas	X			Gotthardt Tobias		X	
Blume Markus				Graupner Richard		X	
Böhm Martin		X		Grießhammer Holger			
Böltl Maximilian		X		Grob Alfred		X	
Bozoglu Cemal	X			Groß Johann		X	
Brannekämper Robert		X		Gross Sabine		X	
von Brunn Florian				Grossmann Patrick		X	
Dr. Brunnhuber Martin				Guttenberger Petra		X	
Dr. Büchler Markus	X			Prof. Dr. Hahn Ingo		X	
Celina Kerstin	X			Halbleib Volkmar			
Deisenhofer Maximilian	X			Halemba Daniel		X	
Demirel Gülsären				Hanna-Krahl Andreas			
Dierkes Rene		X		Hartmann Ludwig		X	
Dierl Franc		X		Hauber Wolfgang		X	
Dr. Dietrich Alexander		X		Heinisch Bernhard		X	
Dietz Leo		X		Heisl Josef		X	
Dorow Alex				Dr. Herrmann Florian		X	
Dremel Holger		X		Herrmann Joachim			
Dünkel Norbert		X		Hierneis Christian		X	
				Högl Petra		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander		X	
Holetschek Klaus		X	
Holz Thomas			
Dr. Hopp Gerhard		X	
Huber Martin		X	
Huber Martin Andreas			
Huber Thomas		X	
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas		X	
Jakob Marina		X	
Jungbauer Björn		X	
Jurca Andreas			
Kaniber Michaela			
Kaufmann Andreas		X	
Kirchner Sandro		X	
Knoblach Paul	X		
Knoll Manuel		X	
Köhler Claudia	X		
Köhler Florian		X	
Kohler Jochen		X	
Koller Michael		X	
Konrad Joachim		X	
Kraus Nikolaus		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Sanne	X		
Lausch Josef		X	
Lettenbauer Eva	X		
Lindinger Christian		X	
Lipp Oskar		X	
Locke Felix		X	
Löw Stefan			
Dr. Loibl Petra		X	
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland		X	
Maier Christoph		X	
Mang Ferdinand		X	
Mannes Gerd		X	
Dr. Mehring Fabian		X	
Meier Johannes		X	
Meußgeier Harald		X	
Meyer Stefan		X	
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen	X		
Mittag Martin		X	
Müller Johann		X	
Müller Ruth	X		
Müller Ulrike		X	
Nolte Benjamin		X	
Nussel Walter			
Dr. Oetzinger Stephan		X	
Osgyan Verena	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pargent Tim		X	
Prof. Dr. Piazolo Michael		X	
Pirner Thomas		X	
Pohl Bernhard			
Post Julia			
Preidl Julian		X	
Rasehorn Anna		X	
Rauscher Doris		X	
Reiß Tobias		X	
Rinderspacher Markus			
Rittel Anton		X	
Roon Elena			
Saller Markus		X	
Schack Jenny		X	
Schalk Andreas			
Scharf Martin		X	
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry		X	
Schießl Werner			
Schmid Franz		X	
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi			
Schnotz Helmut		X	
Schnürer Sascha		X	
Schöffel Martin			
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni		X	
Schuhknecht Stephanie		X	
Schulze Katharina			
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Siekmann Florian		X	
Singer Ulrich			
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula		X	
Stadler Ralf		X	
Stieglitz Werner		X	
Stock Martin		X	
Stolz Anna			
Storm Ramona			
Straub Karl		X	
Streibi Florian		X	
Striedl Markus		X	
Dr. Strohmayer Simone			
Stümpfig Martin		X	
Tasdelen Arif		X	
Tomaschko Peter		X	
Toso Roswitha		X	
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele		X	
Vogel Steffen		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Vogler Matthias			
Wachler Peter	X		
Wagle Martin	X		
Walbrunn Markus	X		
Freiherr von Waldenfels Kristan	X		
Waldmann Ruth	X		
Weber Laura	X		
Dr. Weigand Sabine	X		
Weigert Roland			
Weitzel Katja			
Widmann Jutta			
Winhart Andreas			
Zellmeier Josef	X		
Zierer Benno	X		
Freiherr von Zobel Felix	X		
Zöller Thomas			
Zwanziger Christian			
Gesamtsumme	37	118	0